

HUMAN DIMENSION IMPLEMENTATION MEETING
22 September to 3 October 2014
Warsaw, Poland

Working Session 13: Tolerance and non-discrimination II

**Vorschläge zum Abbau von Spannungen zwischen den Religionen
und zur Verhinderung der Diskriminierung der Muslime**

Türkische Gemeinschaft Schweiz (TGS)

Das aktuelle Thema, das die Weltöffentlichkeit mit Besorgnis beschäftigt, sind die verwerflichen Verbrechen, welche heute in Irak und Syrien geschehen. Sie sind unakzeptable Terrorakte gegen Menschen, unabhängig davon zu welcher Religion oder ethnischer Gruppe sie gehören. Sie sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit und in keiner Weise vereinbar mit Islam und sie vertreten keinesfalls die 1.5 Milliarden Muslims.

Deshalb dürfen diese verbrecherischen Taten nicht der islamischen Welt angelastet und auf Alle Muslime verallgemeinert werden. Wir verurteilen die Verursacher ohne Wenn und Aber.

Solche Verbrechen sollen von Allen, über die Grenzen der ethnischen und religiösen Grenzen hinaus, gemeinsam bekämpft werden. Wir sind auch dafür, dass den verfolgten, bedrohten und notleidenden Menschen von allen Seiten geholfen werden muss.

Sicher ist es richtig, gegenüber potentiell kriminellen Personen, welche sich von den Gewaltaktionen im mittleren Osten angezogen fühlen, wachsam zu bleiben und diese daran zu hindern, an diesen Verbrechen teilzunehmen.

Eine andere Gefahr besteht jedoch darin, dass solche Ereignisse in manchen Ländern von gewissen politischen Kreisen und einigen Medien missbraucht werden, um alte Vorurteile gegen ethnische und/oder religiöse Gruppen in ihren Ländern zu verstärken. Diese Kreise glauben dadurch persönliche oder politische Vorteile zu erzielen. Dadurch erzeugen sie jedoch eine Atmosphäre der Unsicherheit und des Misstrauens zwischen den ethnischen und religiösen Gemeinschaften und schaden damit auch dem Sozialfrieden in der gesamten Gesellschaft. Dies führt leider zunehmend zur Ausgrenzung und Isolation einiger Minderheiten, im aktuellen Fall der Muslime, und erschwert deren erwünschte Integration in Europa.

Dabei ist auch zu beachten, dass einige erfasste Kriminelle uns nicht dazu verleiten dürfen, die seit über 50 Jahren in Europa lebenden und zum grössten Teil recht gut integrierten Türken und andere Muslime insgesamt als potentielle Gefahr zu verdächtigen. Dies wäre ein grosser Irrtum und kontraproduktiv für den Sozialfrieden. Ausserdem würde dies, eventuell unzufriedene Personen, besonders Jugendliche, eher dazu bewegen, einer Gesellschaft den Rücken zu kehren, welche - nach ihrer Meinung- sie nicht akzeptiert und nicht aufnehmen will. Besser ist es, diesen Jugendlichen anderer ethnisch-religiöser Gruppierungen (z.B. Muslime) das Gefühl der Geborgenheit und eine auf Leistung basierende Zukunftsperspektive zu bieten. Ihnen sollen mehr Möglichkeiten zur Partizipation am öffentlichen Leben gegeben werden. Dies wäre die beste Massnahme ihre Zugehörigkeit zu der gesamten Gesellschaft. Der erste und beste Schritt dazu ist es, diese Jugendlichen besser auszubilden und die zum Teil unnötigen Hindernisse bei der Ausbildung und Stellensuche aus ihrem Weg zu entfernen.

In dieser Hinsicht bemühen sich die schweizerischen Behörden und Institutionen seit langem. Diese Bestrebungen werden in nächster Zukunft noch intensiviert.

Um die verwerflichen Taten von Extremisten und grössere, folgenschwerere Konflikte zu vermeiden, sollten nicht nur Abwehr- und Bekämpfungsmassnahmen verstärkt werden, sondern nach einer gründlichen Analyse der Gesamtsituation auch andere, vorbeugende Massnahmen eingeführt werden. Denn Vorbeugen ist besser als heilen.

Dies erfordert **koordinierte Anstrengungen bezüglich Politik, Medien und Ausbildung.**

- **Die Politiker** sollten die Massnahmen fördern, die den interreligiösen und interkulturellen Dialog stärken und damit die Integration der ethnischen und religiösen Gemeinschaften in die Mehrheitsgesellschaft erleichtern. Sie sollten auch in der öffentlichen Diskussion die ethischen Regeln beachten und in ihren Reden keine destruktive, fremdenfeindliche Rhetorik benutzen. Sie sollten die in Krisenzeiten entstehenden Spannungen in der Gesellschaft abbauen helfen, nicht verstärken.

- **Die Medien** sollten bei der Information über andere Kulturen ihren eigenen ethischen Verpflichtungen treu bleiben und die Würde und Rechte der Angehörigen anderer Kulturen respektieren. Ohne gründliche Recherchen sollten sie die Öffentlichkeit nicht durch Vorurteile und Feindbilder verunsichern und beängstigen. Sie sollen objektiv und neutral berichten und einzelne lokale negative Ereignisse nicht verallgemeinern.

- Eine **aufrichtige Aufklärung der Öffentlichkeit** und eine gute **Ausbildungspolitik** sollen dazu dienen, andere Kulturen besser kennen zu lernen und sie nicht als Bedrohung, sondern als eine Bereicherung zu betrachten. Eine objektivere Information über die anderen Kulturen in den Schulen kann zur Vermeidung alter Vorurteile und damit zur besseren Integration der Kinder führen. Dies wird ein harmonisches Zusammenleben in der Gesellschaft erleichtern.

In der Schweiz gibt es aufrichtige Bemühungen in all diesen Punkten. Es gibt aber leider auch stoerende Ausnahmen, die zur Fremdenfeindlichkeit bis zum Rassismus fuehren koennten.

Man soll die Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Kulturen finden und foerdern, statt Unterschiede zu suchen und daraus Feindbilder erzeugen. In einer multikulturellen Gesellschaft soll man einander akzeptieren und vertrauen. Auf diese weise kann man die befuerchteten Gefahren verhindern oder mindestens vermindern.

Hier sind sowohl die Politiker und die Medien, aber auch wir Alle gefordert.

Wir danken OSZE fuer ihre Bemuehungen und erklaeren ihr unsere Bereitschaft, sie zu unterstuetzen.

Kahraman Tunaboynu
Tuerkische Gemeinschaft Schweiz
(Turkish Community Switzerland)